

Aktuelle Post aus dem Kreistag (31)



31. Oktober 2020

Liebe Freundinnen und Freunde!
Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Wichtigstes Thema der Kreistagssitzung am 28. Oktober was die Einbringung des Haushalts für 2021. Bisher hatte der Kreistag immer einen Doppelhaushalt verabschiedet. Wegen der Unwägbarkeiten durch die Folgen der Corona- und Wirtschaftskrise wird es diesmal nur einen Haushalt für ein Jahr geben. Schon jetzt ist deutlich, dass es mehr Menschen geben wird, die auf soziale Hilfen angewiesen sind. Wie dies im Haushalt berücksichtigt wird, werden wir in den nächsten Wochen sehr genau prüfen.

Unser Antrag gegen die Abzockergebühren in Flüchtlingsunterkünften wurde erneut verschoben. Wir erhielten Schützenhilfe von den Grünen, die einen Änderungsantrag eingebracht haben und die Gebühren sozial staffeln möchten. Wir berichten in dieser Post darüber.

Heftig entwickelte sich eine Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem griechischen Lager Moria. Wir unterstützten einen Antrag der Grünen. Auch die SPD hat sich für diese Initiative ausgesprochen. Es ist jetzt wichtig, politischen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit endlich dieses Lager aufgelöst werden kann und die Menschen aus diesen verheerenden Bedingungen befreit werden. Alle anderen Parteien führten recht befremdliche Thesen ins Feld, warum uns die Menschen auf Lesbos nichts angehen.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Antrag DIE LINKE./Piraten zu den Abzockergebühren in Flüchtlingsunterkünften: Erneut keine Behandlung im Kreistag. Grüne bringen Änderungsantrag ein. Auch der Entwurf einer neuen Gebührensatzung wurde nicht beschlossen.
2. Antrag der Grünen: Aufnahmebereitschaft des Kreises als Beitrag zur Lösung der Flüchtlingskrise in Griechenland
3. Einbringung des Haushalts für das Jahr 2021
4. Unsere Anfrage zu Photovoltaikanlagen

RÜCKLICHT



Privatisierung gefährdet die Gesundheit!

Bad Nauheim, 22. Oktober 2020: Aktion der Linken für ein gutes öffentliches Gesundheitswesen. Gesundheit ist keine Ware! Gabi Faulhaber, Vorsitzende der Linksfraktion im Wetterauer Kreistag, spricht sich gegen eine Privatisierung bzw. Teilprivatisierung des Gesundheitszentrums Wetterau aus. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, ob jemand im Krankheitsfall gut versorgt wird. Die Krankenhäuser in Gedern und Schotten müssen erhalten bleiben, um eine flächendeckende Versorgung zu sichern. DIE LINKE. ist derzeit die einzige Fraktion im Kreistag, die Privatisierungspläne ablehnt.

Ulrich Wilken, Mitglied der Linken Fraktion im Hessischen Landtag, fordert eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. In den Städten sind Kliniken und Arztpraxen noch ausreichend vorhanden aber in den ländlichen Regionen - wie dem Ostkreis der Wetterau - ist die Versorgung nicht ausreichend gewährleistet.

Achim Kessler ist der gesundheitspolitische Sprecher der Linken Bundestagsfraktion. Er fordert ein Ende der Zweiklassenmedizin. Alle Menschen müssen gleich gut medizinisch versorgt werden! Dafür müssen ALLE in eine Krankenkasse einzahlen. Die Gesundheitsversorgung gehört in die öffentliche Hand nicht in die Regie von Konzernen, die Profit erwirtschaften wollen.

Antrag DIE LINKE. / Piraten zu den Abzockergebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Änderungsantrag der Grünen. Entwurf für eine geänderte Gebührensatzung.

Wieder wurde unser Antrag zu den Abzockergebühren in Flüchtlingsunterkünften nicht behandelt. Noch einmal soll im Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beraten werden. Die Grünen brachten nun zusätzlich einen Änderungsantrag ein, der eine sozial gestaffelte Gebührenerhebung fordert und nicht diese überzogenen Gebühren, die der Wetteraukreis verlangt.

Drei verschiedene parlamentarische Initiativen stehen also jetzt (hoffentlich) auf der Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung:

1. Anträge DIE LINKE. / Piraten:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1170-die-eigene-geb%C3%BChrensatzung-beachten-keine-wuchermieten-in-fl%C3%BChtlingsunterk%C3%BCnften.html>

Abgestimmt wird dann über diesen Antrag:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1182-%C3%A4nderungsantrag-zu-unserem-antrag-geb%C3%BChrensatzung-f%C3%BCr-fl%C3%BChtlingsunterk%C3%BCnfte-abschaffen.html>

2. Änderungsantrag der Grünen:

Die Grünen haben eine Gebührensatzung verlangt, wie sie im Werra-Meißner-Kreis praktiziert wird. Dort werden die Gebühren sozial gestaffelt. Selbstzahler*innen (das sind Geflüchtete, die arbeiten gehen) sollen nicht für jede Person im Haushalt den gleichen Betrag von 284 Euro bezahlen. Wenn eine Familie vier Kinder hat, würden dann etwa 750 Euro für die Unterkunft fällig werden statt 1704 Euro.

3. Der **Kreisausschuss** hat nach unserer ersten Intervention die **Gebührensatzung** überarbeiten lassen. Die neue Fassung erkennt an, dass man Gebühren nicht rückwirkend (bis zum März 2019) erheben kann, weil ein Vertrauensschutz gelten muss. Doch ansonsten bleibt, dass alle Familienmitglieder 284 Euro zahlen müssen. Dem Sozialausschuss wurde eine neue Berechnung der Kosten der Unterkunft vorgelegt. Man hat daraufhin die Gebühr von 287,58 Euro auf 284 Euro gesenkt.

Wir fordern, dass den Menschen zügig mitgeteilt wird, dass die immensen Nachforderungen nicht gezahlt werden müssen. Die ergangenen Bescheide müssen aufgehoben werden! Es belastet die Familien sehr, dass sie mit Nachforderungen zwischen 4000 und 11 000 Euro konfrontiert wurden.

Wir werden in der nächsten Post aus dem Kreistag ausführlich berichten.

Antrag der Grünen: Aufnahmebereitschaft des Kreises als Beitrag zur Lösung der Flüchtlingskrise in Griechenland

Der Wetteraukreis soll erklären, Geflüchtete aus dem griechischen Lager Moria aufzunehmen. Das beantragten die Grünen bereits zum letzten Kreistag – damals als Dringlichkeitsantrag.

Die Mehrheit sah die Situation in Moria nicht als dringlich an. So wurde der Antrag erst jetzt in dieser Kreistagssitzung behandelt.

Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten setzte sich natürlich für diesen Antrag ein. Es ist wichtig, ein Zeichen an die Bundesregierung zu senden, Druck zu machen. Die Situation in Moria ist menschenunwürdig. Vielerorts stehen bei uns Flüchtlingsunterkünfte leer. Auch in der Wetterau. Was ist dabei, 13.000 Menschen in Deutschland aufzunehmen? Wir sind ein Volk mit mehr als 80 Millionen Menschen. Die Geflüchteten in Moria stecken seit Monaten, oft Jahren in dieser Perspektivlosigkeit, in diesem Elend fest.

Die Debatte brachte den satten hässlichen Wohlstandsbürger ans Tageslicht. In unterschiedlich krassen Worten – je nach politischer Position Richtung rechts - wurden die Geflüchteten kriminalisiert. Sie haben zu dulden, was wir ihnen aufdrücken. Wenn das einige nicht mehr aushalten und zum Beispiel Feuer legen, dann sind alle Schuld. Alle. Alle sind Brandstifter und haben nicht verdient, aus der Hölle von Lesbos zu entkommen!

Es wurde mehr als deutlich: Vom gemütlichen deutschen Lehnstuhl aus richten gutsituierte Mittelschichtler über Menschen in Not. Daumen runter! Jeder ist seines Glückes Schmied! The winner takes it all! „WIR“ haben natürlich mit deren Elend nichts zu tun...



„Es sind ja in Moria derzeit schon viele Hilfsorganisationen tätig“, sagte ein Kreistagsabgeordneter im Sozialausschuss. „Da hat der Antrag keine Eile!“ - Sarkasmus? Nein! Ernst!

Foto des neuen Lagers: Spiegel

Eine Minute Redezeit. Das haben wir gesagt:

Es geht um die Aufnahme von 12 bis 13.000 Menschen. Diese Anzahl aufzunehmen, das würde in unserem Land mit mehr als 80 Millionen Menschen überhaupt kein Problem darstellen!

Die Entscheidung, die Menschen auf Lesbos unter katastrophalen Lebensbedingungen weiter zu internieren, ist eine gewollte politische Entscheidung. Man nutzt diese Menschen jetzt schon seit langem zur Abschreckung. Und tritt damit nicht nur die vielgerühmten westlichen Werte in den Dreck, sondern verletzt eklatant Menschenrechte.

Wir sehen das so:

Ein qualitativer Unterschied zu den offen menschenverachtenden Auffassungen der NPD und der AfD, wie sie im Antrag Nummer 11 und in der Rede des Herrn Kuger zu Tage tritt, ist dann nicht mehr erkennbar.

Wer die Position vertritt, es eile nicht mit der Aufnahme der Geflüchteten, weil inzwischen wieder Hilfsorganisationen vor Ort seien, ist zynisch! Das widerspricht allen Berichten aus Moria, die aufzeigen, dass insbesondere die hygienischen Zustände im neuen Lager noch schlechter sind als zuvor.

Vielleicht bin ich unverbesserlich, wenn ich auf Ihre Menschlichkeit hoffe...

Es braucht jetzt politischen Willen, gegen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern anzugehen – die wir mitverursachen durch Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr in Kriegen. Wo wir doch für Frieden eintreten müssten! Wer Waffen und Krieg exportiert, braucht sich über Flüchtlinge nicht wundern!

Der Antrag wurde abgelehnt von CDU, FWG, FDP, AfD und NPD. Dafür stimmten die Grünen, DIE LINKE./Piraten und die SPD.

Einbringung des Haushalts für das Jahr 2021

Der Kämmerer, Herr Walther, hat den Haushaltsplan für 2021 eingebracht. Er verwies darauf, dass in der derzeitigen Krise kein Haushalt für zwei Jahre aufgestellt werden könne. Die Unwägbarkeiten seien zu groß. Um handlungsfähig zu bleiben, habe man nur für ein Jahr geplant. Sicher ist, dass es zu Einbrüchen bei den Einnahmen kommen wird: Die Steuereinnahmen werden sinken und damit die Schlüsselzuweisungen vom Land. Wegen Corona wird es auf der anderen Seite zu Mehrausgaben kommen. Für 2021 erwartet der Kreis über sieben Millionen Euro Verlust, was sich bis 2022 auf 40 Millionen steigern könnte.

Wir werden den Haushalt in den nächsten 14 Tagen auf Herz und Nieren prüfen. Denn in solchen Zeiten wird meist bei den Sozialleistungen der Rotstift angesetzt. Nicht nur „Freiwillige Leistungen“ fallen dann weg. Auch die gesetzlich vorgeschriebenen sozialen Leistungen werden dann oft ausgehöhlt. Bestimmt erinnern sich einige unserer Leser*innen an die Kürzungsorgie von 2013, als sich der Wetteraukreis unter den Schutzschirm stellte!

Wir möchten auf eine Entwicklung aufmerksam machen, auf die am 30. Oktober 2020 der Paritätische Wohlfahrtsverband hingewiesen hat:

Das statistische Bundesamt hat aktuelle Zahlen veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass die Zahl der Empfänger*innen von Sozialleistungen gesunken ist, während die Armut ansteigt. Im Klartext: Mehr arme Menschen brauchen Grundsicherung. Aber der Staat unterstützt weniger.

Das ist nicht nur ein bundespolitisches Problem. Natürlich müssten in erster Linie die Regelsätze für Hartz4 und Sozialhilfe aufgestockt werden. Es bräuchte ebenso eine Altersgrundrente, wie eine Kindermindestsicherung.

Aber viele soziale Leistungen werden auf Kreisebene umgesetzt. Wie hoch beispielsweise die Mietobergrenzen sind oder wie die Unterhaltsvorschusskasse tickt, das spüren arme Leute hautnah.

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. / Piraten zu Photovoltaikanlagen

Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten fragte nach dem Stand bei Photovoltaikanlagen auf den Dächern von Gebäuden des Wetteraukreises.

Die Förderung erneuerbarer Energien ist im Klimaschutzbericht des Kreises festgelegt.

Wir interessieren uns für die Umsetzung der Ziele.

Die Anfrage und die Antworten des Landrats sind hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1209-anfrage-zu-photovoltaikanlagen-im-wetteraukreis.html>



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber